

IFSH aktuell

Mitteilungen • Forschungsprojekte • Personalien • Publikationen • Aktivitäten

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg • Falkenstein 1 • 22587 Hamburg

Aktuelle Herausforderungen an die OSZE

Das Zentrum für OSZE-Forschung am IFSH stellt sein Arbeit in der Hamburger Landesvertretung in Berlin vor

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren in Bonn, so lud die Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund auch in diesem Jahr, am 11. Dezember 2001, zu einer Veranstaltung mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in ihre Räume in der Bundeshauptstadt ein: dieses Mal in die Berliner Jägerstraße. Im Mittelpunkt stand das Thema „Aktuelle Herausforderungen an die OSZE“, das nach einer kurzen Einführung durch den Leiter des CORE, **Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz** durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CORE anhand derer Forschungsvorhaben dargestellt wurde. Zwei Vortragspausen boten dem interessierten Publikum aus Politik, Wissenschaft und Medienwelt Gelegenheit zur Diskussion. Bei einem abschließenden Buffet konnte das Gehörte in Einzelgesprächen vertieft werden.

Staatsrat Stuth (am Rednerpult) stellt das Podium vor. V.l.n.r. Ursel Schlichting, M.A., Dr. Christina Boswell, Dr. Arne C. Seifert, Dr. Wolfgang Zellner, Dr. Randalph Oberschmidt (Photo:RS)



Neue europapolitische und internationale Aktivitäten der Hamburger Regierung

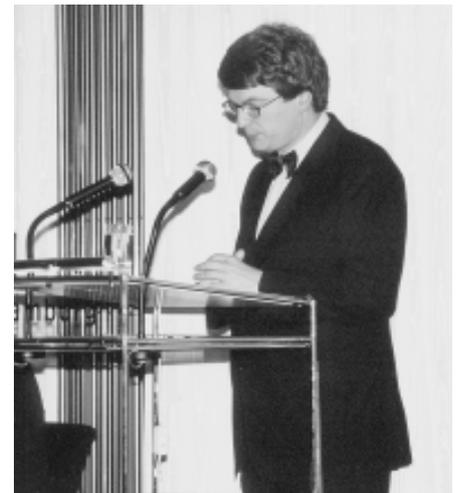
Reinhardt Stuth, Staatsrat für Europa- und Bundesangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg

In seiner Begrüßung kündigte Staatsrat **Reinhardt Stuth** erweiterte europapolitische und internationale Aktivitäten des neuen Hamburger Senats an. Er sei stolz und dankbar zugleich, daß Hamburg in diesem Tätigkeitsfeld mit einer eigenen Institution, dem IFSH, vertreten sei. Das Institut habe sein eigenes Profil, dies schließe jedoch schon immer eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Hansestadt ein.

Bürgermeister Ole von Beust werde im Februar einen Besuch bei EU-Kommissionspräsident Romano Prodi

in Brüssel machen und dort auch den Hamburger Vorschlag der Gründung einer internationalen Medienakademie in der Hansestadt vortragen. In regionaler Hinsicht strebe die Stadt schwerpunktmäßig Verbindungen in den Ostseeraum und nach (Süd-)Ostasien an. Hier könne gerade die OSZE als eine Brücke zwischen Europa und Asien fungieren, gehöre dem asiatischen Kontinent doch ein großer Teil ihrer Teilnehmerstaaten an. Gerade Zentralasien, das bisher nur als Anhängsel der Ex-Sowjetunion wahrgenommen worden

aktuell, Nr. 47 / Januar 2002



Staatsrat Reinhardt Stuth bei seiner Einführung in das Thema

sei, rücke durch die jüngsten politischen Ereignisse stärker in den Blick. Die OSZE müsse daher in einem neuen Licht wahrgenommen werden. Derzeit bleibe die Organisation weit unter ihren Möglichkeiten, was nicht zuletzt den Teilnehmerstaaten zuzuschreiben sei, die sich primär auf die EU und die NATO hin orientierten. Gerade für die Länder, die keine Beitrittsperspektive zu diesen Organisationen hätten, sei die OSZE interessant. Um so mehr gelte es, den Blick für die Arbeit der OSZE zu schärfen. AK

Aus dem Inhalt:

- Die OSZE und CORE
- Die OSZE nach ihrem Bukarester Ministerratstreffen
- Leistungsbilanzen von OSZE- und VN-Missionen
- Die Flüchtlingsdimension der EU-Außenpolitik
- Dialogprojekt zur Koexistenz der Kulturen
- OSZE-Jahrbuch
- Mission Information Packages

Herausforderungen an die OSZE

Zur Arbeit des Zentrums für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH

Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Direktor des IFSH und Leiter des CORE

Als erstes darf ich auch Sie im Namen des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg sowie des Zentrums für OSZE-Forschung auf das herzlichste begrüßen und Ihnen für Ihr Interesse an der Arbeit beider Einrichtungen danken.

In den Dank mit einschließen möchte ich in besonderer Weise Sie, verehrter lieber Herr Stuth. Sie führen zum einen nach dem Regierungswechsel in Hamburg die bewährte und herzliche Gastfreundschaft der Hamburg-Vertretung in Berlin fort, stehen also immer auch für Kontinuität. Zum anderen aber ist bereits diese kleine Veranstaltung heute ein Novum, ein Zeichen für den Aufbruch, den Sie vorhaben – nämlich immer auch über die Grenzen Hamburgs und auch über den Tag hinaus zu denken. Ich verhehle nicht, daß ich mich hierüber sehr freue. Ihre Interessen sind auch die unseren am IFSH.

Es ist also kein Zufall, meine Damen und Herren, daß wir – Herr Stuth und ich – die heutige Veranstaltung als Übergang zu einem neuen Forum in der Hamburg-Vertretung genutzt und dieses Forum mit dem Begriff „Zukunft“ verbunden haben. Auch wenn wir an dem letztendlichen Namen „Forum Zukunft“ noch etwas feilen werden, so waren wir beide uns in unseren Gesprächen doch sehr schnell über die strategischen Zielsetzungen des Forums einig. Sie finden sie im übrigen auf Ihrer Einladungskarte. Dort heißt es unter anderem, daß im Forum gesellschaftliche Grundorientierungen sowie strategische Überlebensfragen diskutiert und in Beziehung zu den praktischen Schritten einer modernen Politik gesetzt werden sollen. Daneben soll das Forum – und damit komme ich zur heutigen Veranstaltung zurück – immer auch mithelfen, Hamburger Wissenschaftseinrichtungen und deren Arbeit vorzustellen.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des heutigen Abends steht das Zentrum für OSZE-Forschung in Hamburg. Bevor ich diese weltweit einmalige Einrichtung vorstelle, zuerst doch noch ein Wort zur OSZE bzw. KSZE selbst.



Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz (Photo: RS)

Vor nunmehr über einem Vierteljahrhundert, am 1. August 1975, unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki. Lediglich Albanien fehlte. Deutschland dagegen war gleich zweimal vertreten.

Wer sich die Bilder von der feierlichen Zeremonie der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in der von Alvar Aalto erbauten Finlandia-Halle in Helsinki anschaut, erkennt Bundeskanzler Helmut Schmidt und SED-Generalsekretär Erich Honecker. Schmidt sah übrigens den SED-Chef bei dieser Gelegenheit erstmals aus der Nähe – näher als ihm wohl lieb war. Durch einen Verfahrenstrick hatte sich die ostdeutsche Delegation an die Seite der westdeutschen gemogelt. Beide Politiker saßen nun gleichberechtigt nebeneinander. Honecker strahlte in die Kamera. Schmidt knirschte – wie es scheint – verhalten mit den Zähnen.

Kritiker der KSZE vertraten damals die Ansicht, durch die Unterzeichnung der Schlußakte werde der Frieden in Europa kaum sicherer, der Status quo, d.h. die Teilung Europas dagegen festgeschrieben. Die Befürchtung war, die KSZE, eventuell auch der Entspannungsprozeß insgesamt, diene mehr der Selbstdarstellung und Legitimation der Eliten sowie der Festigung des östlichen Systems, weniger aber der Aufgabe, die Sicherheit sicherer und den Frieden friedlicher zu machen. Ich selbst – ich bekenne es – habe damals zu diesen Kritikern gehört.

Heute, mehr als ein Vierteljahrhundert später, wissen wir vom Gegenteil zu berichten: Die KSZE hat nicht den Status

quo stabilisiert, sondern die Rahmenbedingungen geschaffen – u.a. als Berufungsgrundlage für die friedlichen Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa. Ohne KSZE keine Abschaffung des Abschreckungssystems, kein Ende des Ost-West-Konflikts, keine Wiedervereinigung Deutschlands. Wäre die KSZE nicht geschaffen worden, sie hätte – ex post betrachtet – erfunden werden müssen.

Helmut Schmidt, vor einem Jahr nach seiner Meinung zum 25-jährigen Jubiläum der Helsinki-Akte befragt, läßt daran keinen Zweifel:

„Der Helsinki-Konferenz 1975 sind die USA mit Skepsis begegnet und die CDU/CSU mit Ablehnung. Jedoch zu Unrecht; denn die Schlußakte und besonders ihr Korb III haben viele Polen, Ungarn, Russen, Deutsche in der DDR und manche andere in ihrem Streben nach Selbstbefreiung außerordentlich ermutigt und durch die Unterschriften der kommunistischen Diktatoren sogar legitimiert.“

Und der Alt-Bundeskanzler ergänzt: „Auch die Nachfolgeorganisation OSZE hat mit Erfolg zur Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Staaten beigetragen.“

Um dies zu erreichen, hat die OSZE im vergangenen Jahrzehnt eine ganze Reihe von Instrumenten und Einrichtungen geschaffen, zum Beispiel das „Warschauer Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte“ oder den „Hohen Kommissar für nationale Minderheiten“. Es sind Instrumente und Einrichtungen, die in den 90er Jahren trotz aller Erfolge nicht nur weithin unbekannt und ungewürdigt geblieben sind. Anders als Krieg ist die verhütete Krise eben nicht medienwirksam und spektakulär! Vielmehr sind sie bis heute oftmals auch chronisch unterbesetzt und unterfinanziert.

Die OSZE hat ihre Arbeit gleichwohl erfolgreich bewältigt, zum Beispiel mit mittlerweile über 20 Langzeit- und Kurzzeitmissionen in zahlreichen Konfliktgebieten, darunter auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien, in Osteuropa und im Baltikum. In allen diesen Feldoperationen hat die OSZE Beachtliches, ja Unersetzliches geleistet. Durch die Arbeit der OSZE ist – wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wolfgang Ischinger im OSZE-Jahrbuch 2000 schreibt – „eine größere Zahl von poten-

tiellen Konflikten entschärft, die innere Stabilität in manchen Ländern gefestigt worden. Wahlen sind durch Unterstützung und Beobachtung der OSZE repräsentativer und weniger zweifelhaft geworden, die staatlichen und die nicht-staatlichen Institutionen der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft und des Rechtsstaates haben in manchen Ländern durch die OSZE erst richtig Fuß fassen können, die Rechte der Menschen und der Minderheiten sind durch die OSZE dort gesichert, wo sie am meisten gefährdet waren.“

Meine Damen und Herren, der Erfolg der OSZE ist ein stiller, gerade deshalb aber verdient sie Anerkennung und Unterstützung – finanziell und politisch, aber auch und gerade publizistisch und wissenschaftlich. Um einen Beitrag hierfür zu leisten, habe ich Mitte der 90er Jahre das OSZE-Jahrbuch begründet, über das wir heute noch sprechen werden. Vor allem aber haben wir am IFSH mit Unterstützung aus Wissenschaft und Politik vor nunmehr knapp zwei Jahren, am 6. Januar 2000, das Centre for OSCE Research (CORE) ins Leben gerufen. Aus der Arbeit dieses Forschungszentrums werden wir gleich einige Berichte hören. Ich will mich deshalb darauf beschränken zu sagen, daß CORE nicht nur deshalb singulär ist, weil es eine vergleichbare Einrichtung zur OSZE weltweit nicht noch einmal gibt. Bemerkenswert ist vielmehr auch die Kombination aus unabhängiger Forschung und politiknahem Service, der Personalaustausch von Wissenschaft und Praxis und die immer stärker werdende Internationalisierung der bislang noch deutschen Einrichtung. Am Schluß – so jedenfalls die Zukunftsvision – wird ein eigenständiges, vom IFSH unabhängiges, internationales Institut stehen.

Im übrigen, weil wir gerade bei der Zukunft sind: Bereits im kommenden Jahr, also ganz real, werden wir, das heißt IFSH und CORE gemeinsam, verstärkt Maßnahmen der Nachwuchsförderung vorantreiben. Dazu gehört einerseits die Einrichtung eines Doktorandenbetreuungssystems sowie ferner mit Unterstützung einer Reihe weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen die Etablierung eines stark praxisorientierten und im übrigen auch interdisziplinären Postgraduiertenstudienganges an der Universität Hamburg.

Meine Damen und Herren, mit Blick

auf die Uhr und die nachfolgenden Berichte, will ich es bei dieser knappen Einführung belassen. Bevor ich das Wort an Dr. Zellner, den stellvertretenden Leiter von CORE, gebe, vielleicht aber doch

Die OSZE nach ihrem 9. Ministerratstreffen am 3./4. Dezember 2001 in Bukarest

Dr. Wolfgang Zellner, stellv. Leiter des CORE

Ein Blick auf die Geschichte der KSZE/OSZE vermittelt den Eindruck von wiederholten Krisen und Entwicklungssprüngen, aber auch unerwarteten Erfolgen. Insgesamt gesehen ist die OSZE eine eher schwache Organisation und besitzt nur geringe Autonomie. Sie ist eine Organisation im Besitz ihrer Teilnehmerstaaten, diese haben das Sagen. Manchmal war die OSZE Nutznießer, manchmal aber auch Geißel übergreifender Trends. Die politische Relevanz des 9. Ministerratstreffens liegt darin zu sehen, wie sich die Terroranschläge des 11. September nach einer Phase relativ starker Spannungen insbesondere zwischen den USA und Rußland auf deren Verhältnis zueinander und auf die Zusammenarbeit in der OSZE ausgewirkt haben.

Das Ministerratstreffen in Wien Ende 2000 war das erste seit 1990 gewesen, das offen gescheitert ist und kein gemeinsames Abschlußkommuniqué zustandebrachte. Vordergründig ging es dabei um eine Reihe mit Rußland strittiger Regionalfragen, insbesondere den Tschetschenien-Konflikt. Der tieferliegende Dissens betraf jedoch den Kosovo, das militärische Eingreifen der NATO dort 1999 und die Rolle der OSZE in diesem Zusammenhang. Rußland verfolgte immer das Ziel, die OSZE zu einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation auszubauen und damit die NATO zu schwächen. Im Kosovo hingegen sah es aus russischer Perspektive so aus, als ob die Kosovo-Verifikationsmission der OSZE den nachfolgenden Luftkrieg der NATO operativ vorbereitet habe. Rußland fragte sich zum ersten Mal ernsthaft, wozu es die OSZE noch brauche. Diese Identifikationskrise, die eigentlich bereits 1999 zu erwarten gewesen war, brach verzögert beim Ministerratstreffen 2000 aus. Die OSZE geriet dadurch in eine Art Vorkrisenstadium.

Das Ministerratstreffen in Bukarest Anfang Dezember 2001 hingegen stand

noch eine Bitte. Die Gründung und Konsolidierung einer Einrichtung wie CORE ist auf die Hilfe vieler angewiesen. Rat und Unterstützung, ggf. auch Kritik, ist deshalb immer willkommen. DSL



*Dr. Wolfgang Zellner
(Photo: RS)*

ganz im Zeichen der Ereignisse des 11. September. Der rumänische Vorsitz legte umgehend einen Aktionsplan gegen den Terrorismus vor, was insbesondere Rußland entgegenkam, das bereits seit 1993 vom Terrorismusproblem an seiner Südgrenze sprach. Aber auch die USA sahen ein, daß man im Kampf gegen den Terrorismus multilaterale Instrumente braucht. Beides zusammen erlaubte dem Amtierenden Vorsitzenden, dem rumänischen Außenminister Mircea Geoana, auf dem Ministerratstreffen die Schlußfolgerung: „Die Atmosphäre in unserer Organisation verbesserte sich dramatisch, insbesondere nach dem 11. September.“

Unter den Ergebnissen des Bukarester Treffens sind drei Schwerpunkte hervorzuheben. Erstens der Aktionsplan Kampf gegen den Terrorismus. Dieser ist zunächst als politisches Signal zu verstehen. Die Aufforderung an die Teilnehmerstaaten, die zwölf Anti-Terrorismus-Konventionen der Vereinten Nationen zu ratifizieren, kann diesem Prozeß einen gewissen Nachdruck verleihen. Darüber hinaus will die Organisation ohnehin geplante Maßnahmen stärker auf die Terrorismusabwehr ausrichten und auch neue Maßnahmen ergreifen. Insgesamt wächst das Verständnis für den Zusammenhang zwischen organisierter Kriminalität, Terrorismus und inter-ethnischen Konflikten.

Zweitens wurde die Polizeiarbeit gestärkt. Nachdem beim OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 grundsätzlich Maßnahmen zur Polizeiausbildung beschlossen wurden, kann die OSZE mittlerweile eine

Reihe praktischer Aktivitäten vorweisen. An der Polizeischule im Kosovo wurden mittlerweile über 4.000 Polizeibeamte ausgebildet, darunter auch eine Reihe nichtalbanischer Herkunft. Im Presovotal in Südserbien hat die OSZE in Zusammenarbeit mit dem serbischen Innenministerium ein multiethnisches Polizeikorps aufgebaut. Dasselbe ist im Rahmen des Ohrid-Friedensabkommens vom 18. August 2001 für das kommende Jahr für Mazedonien vorgesehen. Dementsprechend hat man in Bukarest eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um die Polizeiarbeit der Organisation zu verstärken.

Drittens wächst die Bedeutung der wirtschaftlichen Dimension. Bisher war diese immer das Stiefkind der Organisation, seit etwa einem Jahr ist jedoch eindeutig Aufwind zu verzeichnen. Auch wenn der OSZE keine Rolle als internationaler Geberorganisation zukommt, kann sie unter Nutzung der flächendeckenden Präsenz ihrer Feldmissionen im Bereich der Frühwarnung und Konfliktprävention hinsichtlich ökonomischer Konfliktursachen eine Katalysatorrolle spielen. Eine solche Rolle ist von der UN Economic Commission for Europe auf dem Bukarester Ministerratstreffen ausdrücklich anerkannt und sogar angemahnt worden.

Was die zahlreichen Feldaktivitäten der OSZE anbelangt so ist noch einmal die Schlüsselrolle der OSZE-Mission in Mazedonien im Bereich des Polizeiaufbaus hervorzuheben. Aber auch beim Monitoring der Bestimmungen des Friedensabkommens und bei der Organisation der anstehenden Wahlen wird die OSZE eine wichtige Rolle spielen. Im Kosovo ist die reibungslose Durchführung der Wahlen, aus denen die erste kosovarische Regierung hervorgehen soll, als erheblicher Erfolg anzusehen.

Die Republik Moldau markiert eines der erfolgreichsten Tätigkeitsgebiete der OSZE im Jahre 2001. So ist es nicht nur gelungen zu erreichen, daß Rußland sein nach dem KSE-Vertrag begrenztes Gerät gemäß den in Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen fristgerecht bis Ende November abzog. Darüber hinaus ist auf der Grundlage einer dreiseitigen Vereinbarung zwischen der OSZE-Mission, dem russischen Verteidigungsministerium und den transnistrischen Autoritäten mit der Zerstörung von 40.000 Tonnen russischer Munition und

Materials begonnen worden. Für das kommende Jahr steht der Abzug aller russischen Truppen an, und schließlich ist die Statusfrage Transnistriens nach wie vor ungelöst.

Während die Missionen in Estland und Lettland voraussichtlich zum Jahresende geschlossen werden, konnte die OSZE-Unterstützungsgruppe wieder nach Tschetschenien zurückkehren, allerdings begrenzt auf eine humanitäre Rolle. Das Thema Tschetschenien war auf dem Ministerratstreffen kein prominenter Streitpunkt. Wenig Fortschritte gibt es in Georgien und gar keine im Konflikt um Berg-Karabach, die OSZE trägt jedoch zur Verhinderung einer weiteren Konflikteskalation bei.

Auf dem Gebiet der institutionellen Stärkung der OSZE bestehen weiterhin erhebliche Defizite. Auch das Bukarester Treffen brachte keine Reform des OSZE-Managements. Nach wie vor ist es nicht gelungen, der OSZE einen völ-

kerrechtlichen Status zu verleihen. Nachdem fast alle Teilnehmerstaaten mittlerweile für einen derartigen Schritt sind, hängt dessen Realisierung nun vor allem von den USA ab, die immer noch Vorbehalte geltend machen. Der US-amerikanische Außenminister Powell sprach das Thema auf dem Ministerratstreffen in nachdenklicher Weise an. Es ist abzuwarten, ob daraus eine Änderung der Position der US-Regierung resultieren wird.

Abschließend läßt sich sagen, daß das Ministerratstreffen in Bukarest zwar nicht als spektakulär angesehen werden kann, daß aber gute Beschlüsse gefaßt wurden, auf deren Grundlage sich arbeiten läßt. Die richtigen Schwerpunkte sind gesetzt. Der rumänische Vorsitz hat besser gearbeitet, als viele dies erwartet hätten, was Rumänien auch in seinen Bemühungen um die Aufnahme in die NATO und die EU helfen wird.

WZ

„Leistungsbilanzen von OSZE- und VN-Missionen unterschiedlicher Größenordnung am Beispiel der Missionen in Georgien, dem Kosovo, in Mazedonien und in Tadschikistan“

*Dr. Randolph Oberschmidt,
wissenschaftlicher Mitarbeiter von CORE*

Im vergangenen Jahrzehnt sind im OSZE-Raum über zwei Dutzend multifunktionaler VN-Friedensoperationen und OSZE-Missionen eingesetzt worden. Sie stellen heute das wichtigste Instrument für zivile Konfliktbearbeitung dar, auf das internationale Akteure zurückgreifen können. Die praktisch-politische Bedeutung der Missionen für die friedliche Bearbeitung von Konflikten steht freilich in einem krassen Mißverhältnis zur wissenschaftlichen Bearbeitung dieses innovativen Instruments, das in wenigen Jahren unter dem politischen Zwang, auf Krisen auch und gerade mit zivilen Mitteln reagieren zu müssen, entwickelt wurde. Das CORE beginnt diese Forschungslücke mit einem eigenen zweijährigen Forschungsprojekt zu füllen, dessen Hintergründe, Ziele und Methode im Folgenden erläutert werden.

Konfliktpotential

Ein Jahrzehnt nach der Implosion des realsozialistischen Herrschaftssystems



*Dr. Randolph Oberschmidt
(Photo: RS)*

und des Zerfalls der sozialistischen Föderationen sind die Auswirkungen dieses Umbruchs bei weitem noch nicht abzuschätzen. Alle ehemals sozialistischen Staaten standen bzw. stehen vor der Herausforderung, einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Systemwechsel“ zu bewältigen, dessen „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ darin liegt, ungleichzeitige Prozesse gleichzeitig und miteinander verbunden gestalten zu müssen. Dabei sind die Ausgangspositionen entsprechend den jeweiligen Vorerfahrungen mit Demokratie und Marktwirtschaft stark un-

terschiedlich. Die Folgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion durchlaufen darüber hinaus schwierige und konfliktreiche Staats- und Nationsbildungsprozesse, deren historische Anknüpfungspunkte teilweise Jahrhunderte zurückliegen.

Zusammengenommen führen diese Prozesse zu starken und konfliktträchtigen Fragmentierungen der entsprechenden Gesellschaften, die bis zu vier Dimensionen aufweisen können: Erstens weisen alle Transformationsgesellschaften eine je nach den sozioökonomischen Ausgangspositionen mehr oder minder stark ausgeprägte allgemeine gesellschaftliche Fragmentierung auf. Dazu kann zweitens nicht nur, aber insbesondere in Fällen staatlicher Neu- bzw. Rekonstitution, eine ethnopolitische Fragmentierungsdimension treten. Dies kann drittens von einer regionalen und/oder familienstrukturellen Fragmentierung begleitet sein. Dazu kann viertens eine religiöse Fragmentierung treten, die entweder auf dem Unterschied zwischen verschiedenen Glaubensbekenntnissen oder auf dem zwischen säkularen und religiös-fundamentalistischen Kräften beruhen kann.

Man kann davon ausgehen, daß das Konfliktpotential einer Gesellschaft umso größer ist, je mehr Fragmentierungsebenen diese Gesellschaft aufweist und je stärker diese ausgeprägt sind. Der Balkan, die Kaukasusregion und die zentralasiatischen Republiken stellen daher heute und in absehbarer Zeit die drei wichtigsten Krisenschwerpunkte innerhalb des OSZE-Raums dar. Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts muß davon ausgegangen werden, daß die Staaten und Gesellschaften in diesen drei Regionen auf absehbare Zeit externe Unterstützung brauchen werden, um ihre Konflikte ohne Rückgriff auf Gewaltmittel in einer Weise zu bewältigen, welche die Sicherheit und Stabilität anderer Staaten in ihrer näheren und weiteren Umgebung nicht berührt. Damit stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen externer Regulierungshilfen. Diese übergreifende Ausgangsfrage führt zu weiteren, teils grundsätzlichen, teils operativen Fragestellungen: Welche Konfliktstrukturen und Bedingungskonstellationen erfordern den Einsatz welcher Mittel und Instrumente durch welche Akteure? Auf welche politischen und gesellschaftli-

chen Dimensionen müssen erfolgversprechende Regulierungshilfen zielen? Wie lassen sich Leistungsprofile und -bilanzen externer Interventionen internationaler Akteure mit dem Ziel einer friedlichen Konflikttransformation messen? Welche komparativen Vor- und Nachteile weisen die Vereinten Nationen als globaler Akteur im Vergleich zur regionalen Abmachung OSZE auf?

Regulierungsmöglichkeiten durch externe Akteure

Staaten, Koalitionen von Staaten, internationale und nichtstaatliche Organisationen haben im vergangenen Jahrzehnt in den oben genannten drei Konfliktregionen in einer Vielzahl von Fällen externe Regulierungsbeiträge für notwendig erachtet. Dabei unterscheiden sich die Interessen und Ziele ebenso wie die zugrundeliegenden Prinzipien und die Art der Mittel, die teils kooperativen, teils Zwangscharakter trugen. In unserem Forschungsvorhaben konzentrieren wir uns aus drei Gründen auf den OSZE-Raum und auf den Vergleich längerfristig angelegter, mit einer Vor-Ort-Präsenz verbundener ziviler Interventionen mit den Zielen Gewaltprävention, Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung seitens der beiden im OSZE-Raum bedeutendsten internationalen Organisationen, der VN und ihrer „regionalen Abmachung“, der OSZE: Erstens steht der OSZE unter allen Regionalorganisationen weltweit das am höchsten entwickelte Instrumentarium für zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung. Zweitens konzentrieren wir uns auf längerfristig angelegte kooperative zivile Maßnahmen, da diese ungeachtet möglicherweise notwendiger militärischer Interventionskomponenten das zentrale Instrumentarium darstellen, um zu einer Konflikttransformation zu gelangen, die den Einsatz organisierter Gewalt verzichtbar macht. Dabei ist die Bereitschaft innenpolitischer Akteure zur Akzeptanz externer Regulierungshilfen in verschiedenen Ländern, Konfliktkonstellationen und -phasen in stark unterschiedlichem Maße gegeben. Sie läßt sich im allgemeinen erhöhen, wenn die eingesetzten Mittel der Konfliktstruktur und -dynamik entsprechen und die externen Akteure auf die Kooperation relevanter Gruppen in dem jeweiligen Land bauen können. Drittens vergleichen wir die zivilen In-

terventionen der VN und der OSZE, weil diesen Organisationen aufgrund ihres inklusiven Charakters sowie ihres völkerrechtlichen Status (VN) bzw. des Konsensprinzips ihrer Beschlußfassung (OSZE) ein Maß an Legitimität zukommt, das Staaten, Staatenkoalitionen und nichtstaatliche Akteure nicht beanspruchen können.

Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Ziele des Projektes

Der angestrebte wissenschaftliche Erkenntnisgewinn besteht darin, daß die vergleichende Analyse von VN- und OSZE-Missionen einen erheblichen Wissenszuwachs hinsichtlich der komparativen Vor- und Nachteile beider Organisationen und ihrer zivilen Missionen und damit mittelbar über die Möglichkeiten und Grenzen ziviler Konfliktregulierung durch internationale Organisationen verspricht. Angesichts der großen politischen Bedeutung erfolgreicher Konflikttransformation in den genannten drei Regionen und der erheblichen Kosten von VN- und OSZE-Missionen sowie der noch weitaus höheren Kosten im Falle ihres Scheiterns kommt gesicherten Erkenntnissen über ihre Einsatzmöglichkeiten auch erhebliche politische und fiskalische Bedeutung zu. Die zentrale Forschungsfrage des Projektes lautet daher: Welche Organisationsmerkmale der Mission und jeweiligen Mutterorganisation erklären unterschiedliche Leistungsbilanzen ziviler VN- und OSZE-Missionen, die in denselben Ländern in den Bereichen Gewaltprävention, Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung eingesetzt sind? Werden die komparativen Vor- und Nachteile von VN- bzw. OSZE-Missionen in bestimmten Konfliktkonstellationen und -phasen in besonderer Weise wirksam?

Die empirischen Ziele des Projektes bestehen folglich darin, die Leistungsprofile der VN- und der OSZE-Mission in jeweils einem Land auf einheitlicher Grundlage zu bestimmen und zu vergleichen und die Differenzen zwischen ihnen durch organisationsbezogene Variablen zu „Effektivität“ und „Effizienz“ zu erklären. Die in jeweils einem Land gefundenen Differenzen zwischen den Leistungsbilanzen der VN- und der OSZE-Mission zwischen den vier Fallgruppen werden schließlich verglichen und durch konfliktbezogene Variablen

sowie die organisationsbezogene Variable „Reichweite“ erklärt.

Das theoretische Ziel des Vorhabens besteht erstens in der Herstellung der analytischen Instrumente für die empirische Untersuchung, also in der Umsetzung des gegebenen Standes der Forschung in länderspezifische idealtypische Leistungsprofile bzw. in ein Analyseraster zur Untersuchung der Organisationsmerkmale internationaler Organisationen. In einem zweiten Schritt werden auf der Grundlage konflikt- und organisationsbezogener Variablen Hypothesen zur Erklärung der empirisch festgestellten Differenzen zwischen den Leistungsbilanzen der VN- und OSZE-Missionen formuliert, die dann im Sinne eines Plausibilitätstests empirisch überprüft werden können.

Das politikberatende Ziel der Studie besteht darin, ausgehend von den empirischen Ergebnissen und den daraus gewonnenen Erklärungsansätzen Empfehlungen zur Optimierung ziviler VN- und OSZE-Missionen zu erarbeiten. Diese können sowohl die Organisations- und Arbeitsweise der Missionen, ihre Einsatzfelder und Kooperationsformen als auch mögliche Anpassungen in der Struktur der Mutterorganisationen betreffen.

Als Ergebnis unseres Forschungsvorhabens erwarten wir die Entwicklung eines übertragbaren analytischen Instrumentariums für die Messung von Leistungsbilanzen unterschiedlicher externer Akteure im Bereich zivile Konfliktbearbeitung, einen erheblichen empirischen Erkenntnisgewinn bezüglich der Tätigkeit von VN- und OSZE-Missionen und ihrer jeweiligen komparativen Vorteile sowie darauf aufbauend konkrete Empfehlungen zur Optimierung der Tätigkeit von Langzeitmissionen mit der Aufgabe ziviler Konfliktregulierung.

Forschungsstand, Methode und Bearbeiter

Die wissenschaftliche Literatur zu zivilen VN- und OSZE-Missionen ist durch Deskription mit Beimischungen präskriptiver Elemente gekennzeichnet. Theoriegeleitete oder auch nur auf einer expliziten Forschungssystematik beruhende Studien stellen eher die Ausnahme dar. Eine umfassend angelegte, theoriegestützte vergleichende Fallstudie über Leistungsbilanzen von VN- und OSZE-Missionen fehlt bis heute. Damit kann die Wissenschaft bisher

wenig zu der im politischen Raum lebhaft diskutierten Frage beitragen, ob Hilfen zur externen Regulierung primär innerstaatlicher Konflikte in erster Linie eine Aufgabe der Vereinten Nationen oder ihrer „regionalen Abmachungen“ darstellen, welche komparativen Vor- und Nachteile die Weltorganisation gegenüber einer Regionalorganisation wie der OSZE aufweist und in welcher Weise durch Arbeitsteilung und Kooperation Synergieeffekte zu erzielen sind. Am IFSH kann jedoch bereits auf eine Reihe von Vorarbeiten zu Konfliktprävention und Konfliktmanagement in den post-kommunistischen Transformationsstaaten zurückgegriffen werden. Dabei wurden während der vergangenen zehn Jahre sowohl Arbeiten zu konzeptionellen Fragen ziviler Konfliktbearbeitung als auch konfliktbezogene Länder- und Area-Analysen sowie akteursbezogene Arbeiten zu den VN und zur KSZE/OSZE vorgelegt.

In methodischer Hinsicht ist für das Projekt ein Mehrebenen-Ansatz erforderlich, da insgesamt fünf Handlungsbzw. Kommunikationsebenen berührt werden, deren Wechselwirkungen konzeptionell zu erfassen sind. Da das Projekt die Effektivität und Effizienz von Missionen internationaler Organisationen bei der Regulierung primär innenpolitischer Konflikte untersucht, ist die abhängige Variable als die Leistungsbilanz der entsprechenden Missionen zu fassen. Um die Varianz dieser abhängigen Variablen erklären zu können, müssen unabhängige konfliktbezogene und

organisationsbezogene Variablen definiert und miteinander verbunden werden, wobei aufgrund der Fragestellung des Projekts den organisationsbezogenen Variablen zentrale Bedeutung zukommt.

Untersuchungsgegenstand sind ausschließlich Missionen bzw. deren Komponenten, die sich der zivilen Konfliktbearbeitung widmen. Dies schließt zwar unbewaffnete Militärbeobachter und Polizeikräfte, nicht jedoch bewaffnete Peacekeeping-Streitkräfte ein. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Jahre 1992 bis 2002. Für die getroffene Fallauswahl - untersucht werden die VN- und OSZE-Missionen in Georgien, im Kosovo, in Mazedonien und in Tadschikistan - sprechen sowohl politische wie methodisch-theoretische Überlegungen. Aus politischer Sicht ist relevant, daß unsere Fallauswahl jene drei Krisenregionen innerhalb des OSZE-Gebiets abdeckt, denen im Untersuchungszeitraum und vermutlich weit darüber hinaus die zentrale Bedeutung zukommt: Balkan, (Trans-)Kaukasus und Zentralasien. Durch die Auswahl von zwei Balkanmissionen wurden Stellenwert und Umfang der Aktivitäten der VN und der OSZE in dieser Region berücksichtigt.

Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung ab Januar 2002 gefördert werden. Zwei CORE Mitarbeiter und vier Forscher in den als Fallstudien gewählten Ländern werden es bearbeiten. Darüber hinaus wirken renommierte Berater als Kooperationspartner mit.

AK/CN/RO

„Die Einbindung der Flüchtlingsdimension in die EU-Außenpolitik“

Dr. Christina Boswell, wissenschaftliche Mitarbeiterin von CORE

Ich möchte über ein Projekt zur Verhütung von Flüchtlingsströmen sprechen, welches im Sommer 2001 anlief. Das Projekt ist auf zwei Jahre ausgelegt und wird von der Europäischen Kommission innerhalb eines besonderen Programms finanziert, welches europäische Akademikerinnen bei ihrer Forschung im EU-Ausland unterstützt. Es untersucht diejenigen Politikbereiche der EU, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Flüchtlings- und Migrationsströme zu vermeiden. Eine solche Strategie zur



*Dr. Christina Boswell
(Photo: RS)*

Vermeidung der Vertreibung ist verhältnismäßig neu. Sie entstand im letzten Jahrzehnt auf dem Hintergrund der wachsenden Erkenntnis, daß man bes-

ser mit den Ursprungsländer der Flüchtlinge zusammenarbeitet, um die Ursachen von Migrationsströmen zu beeinflussen. Seither gab es aber kaum Forschung, die sich die Frage stellte, inwiefern solch eine vorbeugende Herangehensweise möglich und wirksam ist.

Das beschriebene Projekt zielt darauf ab, diese Forschungslücke zu schließen. Es konzentriert sich hauptsächlich auf drei Fragen:

- Inwieweit möchte die Außenpolitik der EU dem Zustrom von Flüchtlingen in die Staaten der Union vorbeugen?
- Wie ist die Wirksamkeit solcher Politik einzuschätzen, insbesondere in bezug auf den Kosovo und Mazedonien, den Kaukasus und den Maghreb?
- Ist solch eine vorbeugende Herangehensweise mit anderen Zielen der Außenpolitik vereinbar?

Im Folgenden werden der Hintergrund, die Motivation und einige der zentralen Hypothesen des Projekts dargestellt. Ebenfalls wird erörtert, worauf es im praktisch-politischen Sinne abzielt.

Hintergrund

Mit der anwachsenden öffentlichen Besorgnis in den industrialisierten Staaten über die ökonomischen und sozialen Kosten durch Asylsuchende haben europäische Regierungen eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um deren Einreise zu begrenzen und zu verhindern, und um den Zugang zum Asylverfahren zu beschränken. Sie sehen sich jedoch bei der Begrenzung der Einwanderung mit einigen Vorbehalten konfrontiert.

Zum einen ist für die Länder des Schengen-Abkommens eine innere Grenzkontrolle nicht mehr möglich. Die zunehmende Raffinesse, mit welcher Schleuserbanden und Netzwerke arbeiten, machen darüber hinaus eine äußere Grenzkontrolle schwierig. Auch können innerstaatliche Kontrollmaßnahmen mit den Bürger- oder Menschenrechten im Konflikt stehen oder, wie es in Großbritannien der Fall war, das Verhältnis verschiedener Volksgruppen stören. Maßnahmen, die durch die Kürzung von Sozialleistungen und Beschränkung von Rechten auf eine Abschreckung von Asylsuchenden zielen, können im Widerspruch zu Verpflichtungen im Bereich der internationalen Menschenrechte und Flüchtlingsgesetzgebung stehen.

Einige Staaten, wie z.B. Deutschland im Falle der Aufnahme von Aussiedlern, verfügten über besondere verfassungsmäßige Verpflichtungen. Kurzum, herkömmliche Kontrollmaßnahmen der Innenpolitik haben es nicht geschafft, die Migrationströme in einem Maße zu begrenzen, wie es die europäischen Regierungen gerne gesehen hätten.

Das offensichtliche Scheitern dieser innenpolitischen Maßnahmen zur Begrenzung der Anzahl von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern hat zu Forderungen geführt, sich bei der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik mehr der Prävention von Vertreibung zuzuwenden. Diese Vorgehensweise würde versuchen, sich mit den Gründen für Auswanderungs- und Flüchtlingsströme zu befassen. Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zielen dabei auf die Verhinderung von Fluchtgründen ab.

Einige EU-Staaten (z.B. Holland, Schweden und Finnland) zeigten sich sehr interessiert an der Entwicklung einer solchen Strategie. Die eindeutigste Formulierung wurde jedoch auf der Ebene der EU gefunden.

Die ältesten Beschlüsse in Richtung einer solchen Strategie wurden auf dem Treffen des Rates der Europäischen Union im Jahre 1992 in Edinburgh gefaßt. Damals sahen sich die europäischen Staaten mit der Möglichkeit von enormen Flüchtlingsströmen aus dem ehemaligen Jugoslawien konfrontiert, was sie zu der Vereinbarung veranlaßte, die EU solle durch ihre Außenpolitik versuchen, sich mit den Ursachen für Auswanderungs- und Flüchtlingsströme auseinanderzusetzen. Die Beschlüsse folgerten, daß "die Zusammenarbeit der Gemeinschaft und ihrer Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Einwanderungs- und Asylpolitik wesentlich dazu beitragen sollten, der Frage nach Wanderungsbewegungen nachzugehen."

In den Folgejahren entwickelte die EU in einer Anzahl von Mitteilungen Ideen zu präventiven Vorgehensweisen. Bis 1998 konnte hinsichtlich der praktischen Umsetzung jedoch kein Fortschritt erreicht werden. Auf Vorschlag der Niederlande wurden auf dem Treffen des Rates der EU in Wien im Dezember 1998 eine sogenannte Hochrangige Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche

Handlungskataloge für die Zusammenarbeit mit einigen Ländern erarbeiten sollte zur Vermeidung von Migrations- und Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Die zuerst gewählten Länder waren Afghanistan, Albanien, Marokko, Somalia, Sri Lanka und der Irak. Die Kataloge beabsichtigten ein "umfassendes und kohärentes Verfahren" zu bestimmen, um den Ursachen der Vertreibung entgegenzutreten. Dies beinhaltete „den Schutz aller Menschenrechte, Hilfe bei der Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Linderung der Armut, Hilfe bei Konfliktverhütung und Versöhnung.“

Der nächste wichtige Schritt war das Treffen des Rates der Europäischen Union in Tampere (Finnland) im Oktober 1999 zu Fragen der Justiz und des Inneren. Die Schlußfolgerungen stellten fest, daß Angelegenheiten der Justiz und des Inneren in alle Zusammenhänge der europäischen Außenpolitik einbezogen werden sollten. Alle Werkzeuge der Außenpolitik (einschließlich Entwicklungspolitik, Handelszusammenarbeit und der GASP) werden dadurch dem Ziel einer Prävention und Eindämmung gewaltsamer Vertreibung dienstbar gemacht. Wie gut kann die EU nun ein solches Verfahren durchführen?

Diese Art des vorbeugenden Verfahrens ist ohne Zweifel schon bei einer Reihe von politischen Maßnahmen der Union bemerkbar. So fassen viele Beobachter die Politik der Union gegenüber dem Maghreb und den Stabilitätspakt für Südosteuropa als Beispiele für Versuche auf, einen massiven Zustrom von Flüchtlingen und Immigranten zu verhindern. Bisher gab es jedoch recht wenig systematische Untersuchungen, die sich die Frage zum Gegenstand gemacht hätten, inwiefern die Sorge über den Zustrom wirklich die Außenpolitik der EU in bestimmten Bereichen beeinflußt und wie wirksam solche Methoden sein können. Wie schon erwähnt, werde ich die Fälle des Maghreb, des Kosovo und Mazedonien und des Kaukasus näher betrachten, wobei die Arbeit daran im nächsten Jahr beginnen wird. Zur Zeit konzentriere ich mich auf die Frage, inwieweit die EU für die Entwicklung einer solchen ausgewogenen Verfahrensweise geeignet ist, worüber ich dann auch jetzt etwas sprechen möchte.

Die EU und das präventive Verfahren

Grundsätzlich steht die EU gut da, wenn es um die Entwicklung eines solchen Verfahrens geht. Zusammen kommen die Staaten der EU für mehr als 50% der Entwicklungshilfe und humanitären Unterstützung in der Welt auf. Die EU verfügt über erhebliche Erfahrung im Bereich der Verbreitung von Frieden und Stabilität mittels Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die europäische Idee beruht buchstäblich auf einer liberal und international ausgerichteten Philosophie, die durch wirtschaftliche Interdependenz Frieden schaffen möchte. Ihr Potential im Bereich der Konfliktvorbeugung wird besonders durch die erfolgreiche Unterstützung von Wandlungsprozessen und Stabilität in einer Reihe von zentral- und osteuropäischen Staaten unter Beweis gestellt. Die unter den Namen PHARE und TACIS firmierenden Programme sind hier besonders zu erwähnen. Die Union ist besonders gut dazu geeignet, ihre wirtschaftliche Kraft und ihre Erfahrung in Dingen der Entwicklung und Handelszusammenarbeit zu nutzen, um sich den Ursachen für Instabilität und Flucht zu widmen.

Darüber hinaus scheint die Gestalt annehmende GASP genau auf solche Anstrengungen hinauszulaufen: Sie baut auf den sogenannten "Petersberger Aufgaben" auf, was bedeutet, daß die geplanten europäischen Streitkräfte von 60.000 Mann für Aufgaben der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und des Friedensaufbaus herangezogen werden kann.

In der jüngeren Vergangenheit gab es Versuche, die institutionellen Strukturen der EU so anzupassen, daß sie in höherem Maße zu einer Zusammenarbeit in den verschiedenen Politikbereichen befähigt werden. Der Vertrag von Amsterdam brachte den Bereich Justiz und Inneres in die erste Säule der Gemeinschaft, was zu größerer Zusammenarbeit mit der Handels- und Entwicklungspolitik führen dürfte. Der Vertrag sieht ebenfalls vor, daß die noch in der zweiten Säule verbliebene GASP zur Umsetzung ihrer Ziele von den Instrumenten der Gemeinschaft Gebrauch machen darf.

Noch gibt es aber einige beachtliche Einschränkungen hinsichtlich der Einbettung von Einwanderungs- und Asyl-

fragen in die Außenpolitik der Union. Der Rat der Europäischen Union und die Sektion Justiz und Inneres innerhalb der Kommission haben jeweils Vorschläge gemacht, wie die Einwanderungs- und Asylfragen innerhalb der Außenpolitik vorangetrieben werden könnten. Hier gibt es aber nur begrenzte Akzeptanz bei den Vertretern der Außen- und der Entwicklungspolitik, die im politischen Prozeß einen gewichtigen Stellenwert haben. Einwanderungs- und Asylfragen wurden in einigen Strategiepapieren der EU benannt, auch in bezug auf den Mittelmeerraum, Rußland und die Ukraine. Eine der Arbeitsgruppen des Stabilitätspakts berücksichtigt Vertreibungsfragen. Dies bezieht sich aber meist nur auf den gemeinsamen Umgang mit bereits existierenden Flüchtlingsströmen durch Vereinbarungen über Wiederaufnahme oder Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Migration. Es lassen sich nur wenige Anhaltspunkte für Überlegungen finden, daß die Verhinderung der Fluchtgründe innerhalb der Außenpolitik aktiv behandelt würde. So erwähnen die jüngeren Mitteilungen der Kommission über Konfliktverhütung die Prävention von Flüchtlingszuflüssen als einem Ziel der europäischen Politik in diesem Bereich mit keinem Wort.

Es gibt zwei Hypothesen bezüglich einer Erklärung der mangelhaften Einbindung von Immigrations- und Flüchtlingsfragen in die Außenpolitik.

1. Die außenpolitische „community“ ist nur sehr zögerlich bereit, ihre politischen Prioritäten zu überarbeiten, um Fragen der Flüchtlingsprävention zu berücksichtigen. Auch wenn ein solches Vorgehen in den Augen der Mitarbeiter der Direktion Justiz und Inneres noch so folgerichtig und das außenpolitische Instrumentarium der EU noch so gut für die Implementierung solcher Verfahren geeignet ist, die Formierung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU ist von der Unterstützung der im außenpolitischen Bereich Tätigen abhängig. Notwendig sind mehr politischer Wille auf seiten der europäischen Regierungen und institutionelle Arrangements zur Verknüpfung der beiden Politikfelder.

2. Die Außenpolitik orientiert sich in der Tat weit mehr in Richtung solcher Verfahren, als es den Anschein hat. Die Sorge vor einem unkontrollierten Flücht-

lingszustrom in die EU könnte ein zentrales Motiv für die EU-Politik gegenüber Kosovo, Mazedonien, Marokko, Algeriens usw. gewesen sein. Die europäischen Regierungen wollen dieses zentrale Ziel ihrer Politik vielleicht nicht öffentlich betonen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn Staaten über enge Beziehungen zu den Ursprungsländern verfügen und diese nicht gefährdet sehen wollen. Es kann auch der Fall sein, daß eine solche Politik Elemente von Zwang beinhaltet. Als Beispiel mag hier der Kosovo dienen, wo der Versuch, eine massive Fluchtwelle zu verhindern, zivile Opfer forderte. In solchen Fällen ist es möglich, daß die entsprechenden Staaten nur ungern ihre pragmatischen Ziele der Verhinderung eines Flüchtlingszustroms offenbaren wollen und stattdessen humanitäre Ziele in den Vordergrund rücken. Es ist leichter, nur in sehr allgemeiner Weise von einer Integration von Einwanderungs- und Flüchtlingsfragen in die Außenpolitik zu sprechen. Sobald ein spezifischer Fall anliegt, ist die Betonung des Zieles der Vermeidung von Flüchtlingszustrom in die EU ein heikles Thema.

Ich werde bei der Arbeit an den Fallstudien beide Hypothesen über die Schwierigkeiten einer entwicklungspräventiver Politik untersuchen.

Praktische Zielsetzung

Abschließend ließe sich fragen, was ich in praktischer Hinsicht mit diesem Projekt zu erreichen suche. Ich hoffe, am Ende einige politische Empfehlungen formulieren zu können, wie die Institutionen der EU verbessert werden könnten, um solche Verfahren wirksamer zu gestalten. Als Beispiele wären zu nennen:

- Sicherstellung einer besseren Zusammenarbeit und Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen;
- verbesserte Kapazitäten zur Untersuchung der Ursachen von Vertreibung;
- verbesserte Nutzung von Instrumenten, um solche Strategien umzusetzen.

Dieses Projekt liegt auch im besonderen deutschen Interesse. Denn Deutschland ist nicht nur von Einwanderern und Flüchtlingen am meisten betroffene Land in Europa, es ist auch einer der Schlüsselstaaten für die Formulierung europäischer Außenpolitik.

CB/BC

„Aufbau einer friedenserhaltenden Dialoglinie über die Zusammenarbeit und Koexistenz der Kulturen und Zivilisationen im OSZE-Raum“

Botschafter a.D. Dr. Arne C. Seifert,
Zentralasienberater von CORE, Projektkoordinator

Ich möchte Sie mit einem Projekt bekannt machen, das wir bereits vor dem 11. September begonnen haben, weil wir auf der Suche nach konfliktpräventiven Antworten auf die Frage waren und sind, wie wir als Europäer im gemeinsamen euro-asiatischen Raum zu einem alternativen Umgang mit dem islamischen Faktor kommen können.

Der Ausgangspunkt für unsere Überlegungen war, daß sich Europa eine tiefe politische Krise mit dem Islam und seinen Aktivisten nicht leisten kann, seitdem wir Zentralasien und den Kaukasus als geostrategisch wichtige Regionen mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit in diesen gemeinsamen Raum aufgenommen haben. Der politische Islam holt Europa also quasi durch seine asiatische „Hintertür“ im eigenen politischen Raum ein.

Wir haben uns gefragt: Kann der islamische Faktor in unserer gemeinsamen Region aus seiner traditionellen Negativfixierung auf ein Terrorismusstigma herausgeführt und in eine kooperative Sicherheits- und Stabilitätsstrategie der OSZE integriert werden. In diesem Kontext untersuchen wir, ob ihm nach innen und außen eine konstruktive Rolle verliehen werden kann und ob muslimische Bevölkerung, islamische Aktivisten und westliche Politiker einen gemeinsamen politischen Grundkonsens erreichen können, der auf dem Gedanken der Koexistenz, einer klugen Adaption postmoderner Prinzipien sowie den Normen und Werten der OSZE beruht? Und wenn ja, nach welchen Gesichtspunkten ein solcher Konsens zu gestalten wäre?

Aus meinen mehrjährigen Erfahrungen mit der praktischen Präventionsarbeit der OSZE in Tadschikistan sowie den bisherigen Erkenntnissen unserer Projektarbeit lassen sich für mich folgende Grundlagen einer wirksamen Dialogpolitik erkennen.

Grundlagen einer wirksamen Dialogpolitik

1. Es besteht eine Verkopplung der Religion, und damit des Islam, mit den



Botschafter a.D.
Dr. Arne C. Seifert
(Photo: RS)

Staatsformungs- und Transformationsprozessen: Damit ist eine Politisierung des Islam unvermeidlich.

2. Teil jener Transformations- und Staatsformungsprozesse ist das Verhältnis zwischen Säkularismus und Islam. Die Auseinandersetzung zwischen Politik und Religion verläuft vorwiegend zwischen säkularen Regierenden und den Trägern des politischen Islam. Beide konkurrieren miteinander hinsichtlich des gesellschaftspolitischen Entwicklungswegs ihrer noch unfertigen Nationalstaaten. Dieser Wettbewerb kann zum Ausgangspunkt sowohl für Demokratisierung als auch für Konflikte werden.

3. Von zentraler Bedeutung ist die Erkenntnis, daß das Verhältnis zum und der Umgang mit dem politischem Islam nicht auf die Ebene der gewaltsamen Bekämpfung einzelner islamistischer Gruppen verkürzt werden darf.

Unter dem perspektivischen Gesichtspunkt von Stabilitätssicherung sollte nicht übersehen werden, daß die Handlungsebene „Terrorismusbekämpfung“ in ihrer gesellschaftspolitisch stabilisierenden Reichweite begrenzt ist. Bezogen auf den Umgang mit dem politischen Islam wird Terrorismusbekämpfung ihr Ziel nur und erst dann erreichen, wenn sie eingebettet wird in ein breiteres politisches, demokratieorientiertes sowie sozial- und wirtschaftspolitisches Wirkungsgeflecht. Solchen Strategien kommt nach unserer Überzeugung sogar Vorrang zu. Nur mit ihrer Hilfe kann es gelingen, auf die langfristigen Faktoren einzuwirken, von denen die gesellschaftspolitische Beherrschung der Gefahren abhängt, die mit dem islamischen Faktor und dem politischen Islam zusammenhängen.

4. Bisher gibt es weder bei der OSZE, noch bei den europäischen Regierungen ein Konzept für eine europäische Handreichung gegenüber den politischen Vertretern des Islam im euro-asiatischen Raum. Wenn aber der politische Islam den Westen und die OSZE in ihrem eigenen Raum sozusagen „einholt“, dann muß Europa über ein Konzept verfügen, welches jener Tatsache Rechnung trägt.

Anderenfalls laufen in einen Widerspruch hinein, der teilweise bereits existiert: Je mehr die OSZE dazu beiträgt, die Staaten der Region zu demokratisieren, desto mehr erweitert sie auch die politischen Spielräume von Islamisten. Die OSZE muß beginnen, diesen Widerspruch produktiv zu nutzen.

Letzteres geht nur in einem produktiven Wechselverhältnis von OSZE-Politik und präventiver staatlicher Diplomatie: Präventive Diplomatie auf staatlicher Ebene sollte sich einerseits um objektiv bestehendes Konfliktmaterial und andererseits um jene Eliten kümmern, welche sich des Islam als Ressource bedienen. Letzteres wiederum ist eindeutig Aufgabe der Demokratisierungsstrategie der OSZE, weshalb die Organisation direkt in das Verhältnis zum politischen Islam verwickelt ist.

5. Schließlich sollte im Kontext der Terrorismusbekämpfung von vornherein die Zusammenarbeit mit Vertretern des Islam vor Ort gesucht werden. Die Sichtweisen einflußreicher regionaler islamischer Politiker, darunter solcher, die bis vor kurzem selbst in radikalen Gruppierungen führend waren, sollten ernst genommen werden.

Das Dialogprojekt in Tadschikistan

Mit unserem vom Auswärtigen Amt geförderten Dialogprojekt in Tadschikistan versuchen wir diesen grundlegenden Zusammenhängen Rechnung zu tragen.

Im Verhältnis säkularer Kräfte zum politischen Islam verdient das Beispiel Tadschikistan Beachtung. Hier hat eine ehemals radikale islamistische Bürgerkriegspartei nicht nur der Gewalt abgeschworen, hat die säkulare Verfassung anerkannt und beteiligt sich auf dieser Grundlage an der Formung des gemeinsamen nationalen Staates. Bisher gelang es nur in Tadschikistan, den Konflikt um die ordnungspolitische Grundfrage „säkularer oder 'nicht-säkularer'“

Staat?“ von militärischen in politisch-zivile Austragungsformen zu überführen. Infolgedessen liegt hier ein bisher einmaliges Erfahrungspotential bezüglich der Kommunikation sowie den Kompromißmöglichkeiten und -spielräumen zwischen säkularen und islamistischen Konfliktparteien in Zentralasien vor.

Für den Dialog wurde folgende Rahmenkonstruktion gewählt: Nach einem operativ vereinbarten Themenplan wurde ein Kreis von 15 Vertretern (Islamisten, Regierungsseite, säkulare Opposition) zur mündlichen oder schriftlichen Fixierung von Erfahrungen eingeladen. In bilateralen Treffen mit den Autoren wurden die Erkenntnisse der tadschikischen Teilnehmer diskutiert. Anfang Dezember 2001 trafen die tadschikischen Dialogteilnehmer erstmals zu einer gemeinsamen Diskussion der bisherigen Ergebnisse zusammen. Dafür wurde von CORE als „neutraler dritter Seite“ eine Verallgemeinerung angefertigt.

Von deutscher Seite wurden der islamischen tadschikischen Seite Zeichen gesetzt, dem Dialog auch im Westen einen Rahmen schaffen zu wollen. So wurde Hodscha Akhbar Turadschonzoda, Erster Stellvertretender Ministerpräsident Tadschikistans und ehemaliger Verhandlungsführer der VTO bei den VN-geleiteten Inter-Tajik Talks, eingeladen, im Zentrum für OSZE-Forschung einen Vortrag zum Thema „Islam, OSZE und der Dialog der Kulturen“ zu halten. Des Weiteren veranstaltete CORE mit politischer und finanzieller Unterstützung durch das Auswärtige Amt im September 2001 den Workshop „The OSCE and Political Islam. The Case of Central Asia“. Hier trafen VertreterInnen aus den fünf zentralasiatischen Staaten, darunter der Projektpartner und stellvertretende Vorsitzende der PIWT, Muhiddin Kabiri, mit international renommierten ExpertInnen, RepräsentantInnen der OSZE sowie VertreterInnen des Auswärtigen Amtes zusammen, um - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September - über den politischen Islam in Zentralasien und die Position der OSZE zu den damit verbundenen Anforderungen sowie über das CORE-Dialogprojekt zu diskutieren. Schließlich wurde am 9. November 2001 im Rahmen des Besuchsprogramms der Bundesrepublik Deutschland eine Dele-

gation zentralasiatischer Parlamentarier mit dem CORE-Dialogprojekt vertraut gemacht. Damit wurde das Vorhaben einer weiteren politischen Ebene in Zentralasien vorgestellt. Last but not least wird das Projekt sowohl publizistisch als auch auf Konferenzen einer breiteren internationalen Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Bisherige Ergebnisse

Unsere Gespräche in Tadschikistan haben deutlich gemacht, daß sich der gerade erst formierende gemäßigte islamische Reformflügel um die PIWT noch in der Entstehung befindet. Leider ist er Versuchen der politischen Marginalisierung seitens säkularer Vertreter ausgesetzt, welche nicht verstehen wollen, daß die Einbeziehung muslimischer Würdenträger und sich am Islam orientierender Politiker in die Staatsformungsprozesse keine taktische, sondern eine grundsätzliche Frage ist. Andererseits ist die PIWT dem Druck radikaler islamistischer Kräfte ausgesetzt, von denen nicht wenige ihre Wurzeln im nahöstlichen radikal-islamischen Lager haben. Um so mehr besteht das Erfordernis, Rückschlägen entgegenzuwirken und den Kontakt zu festigen.

Die Gefahr weiterer islamistischer Radikalisierung in Zentralasien bleibt ungebannt. Es wurde klar, daß die Differenzierungsprozesse zwischen gemäßigten und radikalen islamischen Strömungen bei weitem noch nicht abgeschlossen sind. Die islamischen Projektpartner warnten davor, nach der militärischen Intervention in Afghanistan militante Bewegungen, wie die Islamische Bewegung Usbekistans, bereits „abzuschreiben“. Vielmehr fällt mit der Regelung des Afghanistankonflikts der letzte „Eiserne Vorhang“, welcher bisher Zentralasien von der islamischen Welt abschottete. Es ist schwer voraussagbar, welche Konsequenzen diese Öffnung haben wird. Dass sie das bisherige Antlitz Zentralasiens weiter zu Gunsten des Islam verändern wird, erscheint jedoch als wahrscheinlich.

Außerdem wirken eine Reihe von Faktoren zu Ungunsten eines moderaten Islam und verstärken den Zulauf aus der Bevölkerung zu radikalen Strömungen, insbesondere zu Hisb-ut-Tahrir („dt. Partei der Befreiung“, eine islamische Bewegung). Neben der ständigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Le-

benslage bewirken eine verbreitete Unzufriedenheit mit ethno-nationaler Diskriminierung, der Zerfall des Bildungssystems und vor allem die antidemokratische, repressive Position der meisten säkularen Regimes in Zentralasien eine erhöhte Empfänglichkeit für radikal-islamische Agitation.

Sowohl die islamischen als auch die säkularen Projektpartner stimmen in dem Wunsch überein, einer solchen Radikalisierung des islamischen Faktors in Zentralasien vorzubeugen. Sie sprachen sich für eine umsichtige und gemeinsame Auseinandersetzung mit den Ursachen der Radikalisierung aus, empfahlen, die gemäßigten islamischen Kräfte zu unterstützen, die Einflußmöglichkeiten radikaler Kräfte zu schmälern, das „besondere Potential der Religion in der Spezifik der östlichen Gesellschaften“ zu berücksichtigen und für die Stabilität zu nutzen sowie Spannungen im Verhältnis des Westens zum zentralasiatischen Kulturkreis im Allgemeinen und zum Islam im Besonderen abzubauen. Es sei daher erforderlich, eine präventive Diplomatie zu entwickeln und zu verfolgen, welche auf die perspektivische Behebung des Radikalismus und seiner Wurzeln ausgerichtet ist.

Nicht zuletzt deshalb soll der Dialog im Laufe des Jahres 2002 fortgesetzt werden. Im Vordergrund steht die Stabilisierung des erreichten Niveaus sowie des innertadschikischen Verhältnisses. Darüber hinaus soll im Rahmen einer Informellen Deutsch-Tadschikischen Arbeitsgruppe ein Dialog über die „Koexistenz und Zusammenarbeit der Kulturen und Zivilisationen im euro-asiatischen OSZE-Raum“ begonnen werden. Schließlich wird auch die wissenschaftliche Begleitung des Projektes durch die Publikation der bisherigen Beiträge und die Diskussion der Ergebnisse im Rahmen eines internationalen Workshops in Duschanbe aufrecht erhalten.

Insgesamt gesehen ist es uns mit diesem mehrdimensionalen Dialogansatz gelungen, ein Vertrauensverhältnis zu den tadschikischen Gesprächspartnern aufzubauen und die Erfahrungen des säkularen-islamistischen Kompromißprozesses gemeinsam aufzuarbeiten. Damit haben wir konkrete Ausgangspunkte für den Beginn eines Dialogs geschaffen, der in die OSZE getragen werden sollte.

AK/AS

Serviceprojekt: „OSZE-Jahrbuch“

Ursel Schlichting, M.A., Chefredakteurin

Nicht zuletzt die Eskalation des Kosovo-Konflikts im Jahre 1999 hat einmal mehr gezeigt, daß erst das Scheitern von Konfliktverhütung Schlagzeilen macht. Erfolgreiche, aber „lautlose“ Konfliktverhütung durch beharrliche Arbeit, wie sie z.B. die OSZE-Missionen vor Ort leisten, stößt bei den Medien ebenso wenig auf Interesse wie Konflikte, die verhütet wurden. Die Tatsache, daß eine Organisation wie die OSZE in einer Region Europas den Ausbruch von Gewalt verhindert und zur politischen Konsolidierung beigetragen hat, ist keine Nachricht - weder für die Zeitungen noch für die elektronischen Medien. Einer unserer Autoren brachte dies einmal folgendermaßen auf den Punkt: „Können Sie sich eine Schlagzeile wie ‚Danke OSZE-Bemühungen gab es keinen Konflikt in Estland‘ in der New York Times vorstellen? Das ist keine Zeitungsschlagzeile, wie wir sie gewohnt sind. Aber ‚Trotz OSZE-Bemühungen bricht irgendwo ein Konflikt aus‘ - das wäre eine gute Schlagzeile.“

Nicht nur die Medien und die Öffentlichkeit schenken Konflikten zumeist erst dann ihre Aufmerksamkeit, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist; auch politische Entscheidungsträger sind oftmals offenbar erst dann bereit, Personal und finanzielle Mittel in größerem Umfang zur Verfügung zu stellen, wenn es um den Einsatz militärischer Mittel geht - was bekanntermaßen ungleich teurer ist, von den menschlichen Opfern ganz zu schweigen.

Gerade im Bereich der Konfliktprävention aber kann die OSZE auf eine Reihe großer Erfolge verweisen. Und gerade deshalb ist ihre Stärkung wünschenswert. Was aber ist zur Stärkung der OSZE notwendig? Notwendig ist vor allem das Interesse der Teilnehmerstaaten an der OSZE, das Interesse der Politiker, das Interesse der Öffentlichkeit, das Interesse daran, die OSZE zu nutzen und sie zu stärken. Notwendig ist dazu aber auch, daß auf sie aufmerksam gemacht wird.

Hier setzt eines der Anliegen des - europaweit einmaligen - OSZE-Jahrbuchs an. Es soll die Arbeit der OSZE für die Öffentlichkeit transparent und sichtbar machen und zur Verankerung



Ursel Schlichting, M.A. (Photo: RS)

der OSZE im Bewusstsein eines möglichst breiten Publikums im In- und Ausland beitragen. Es soll Kenntnisse über die OSZE und ihre vielseitigen Tätigkeiten vermitteln, auf bestehende und potentielle Konflikte aufmerksam machen, Konfliktursachen nennen und Perspektiven für die Lösung von Konflikten, für die Fortentwicklung der gesamteuropäischen Sicherheit und für eine friedensfördernde Politik aufzeigen. Schließlich soll es durch Kritik und Analyse die Tätigkeit der OSZE selbst begleiten.

Das OSZE-Jahrbuch wird seit 1995 vom IFSH in Kooperation mit internationalen Partnern herausgegeben. Es erscheint seit 1996 jährlich auch in englischer Sprache (OSCE Yearbook). Ebenfalls seit 1996 wird in Moskau eine russische Fassung veröffentlicht.

Jeder Band beginnt zunächst mit einem Überblick über aktuelle Problemlagen im OSZE-Raum, zeigt Entwicklungen und Perspektiven der OSZE auf und stellt die Interessen jeweils einiger ausgewählter Teilnehmerstaaten vor.

Der zweite Teil eines jeden Jahrbuches ist den Aufgaben der OSZE und den ihr dazu zur Verfügung stehenden Instrumenten gewidmet. Unter den Stichworten „Konfliktprävention und Streitschlichtung“ finden sich hier Berichte über die Langzeitmissionen der OSZE. Im OSZE-Jahrbuch 2001 sind insbesondere die OSZE-Missionen im Kosovo und in Albanien hervorzuheben, aber auch die Schwierigkeiten bei der Rückkehr der OSZE-Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien. Zentralasien, das innerhalb der OSZE schon seit geraumer Zeit - und nicht erst seit der Beteiligung der zentralasiatischen Staaten an der „Anti-Terror-Koalition“ und infolge ihrer geographischen Nähe zu Afghanistan - große Beachtung findet, der Kaukasus und Südosteuropa haben seit Jahren einen festen Platz als regionale Schwerpunkte in den OSZE-Jahrbüchern.

Das Kapitel zur menschlichen Dimension der OSZE thematisiert Minderheitenfragen und Menschenrechte und schenkt Demokratisierungsprozessen besondere Aufmerksamkeit: Mißt die internationale Gemeinschaft mit zweierlei Maß, wenn es um Menschenrechte und politische Interessen geht? Spielen Frauen eine besondere Rolle bei der Konfliktverhütung, bei der Krisenbewältigung und bei der Normalisierung der Lage nach einem Konflikt? Kann die OSZE eine maßgebliche Rolle im Zusammenhang mit dem Problem Flucht und Vertreibung spielen? So lauten einige der Fragen, die in diesem Kapitel untersucht werden.

Im Mittelpunkt des Abschnitts über den Aufbau kooperativer Sicherheit stehen Themen wie gesamteuropäische und regionale Rüstungskontrolle. Hier verfolgen wir z.B. seit Jahren die Umsetzung des Dayton-Abkommens. Hierher gehört im aktuellen Band auch die Frage zum Stand der demokratisch-zivilen Kontrolle von Streitkräften im OSZE-Gebiet, insbesondere in Ost- und Südosteuropa. Was steht der Inkraftsetzung des angepassten KSE-Vertrags im Wege? Welche Bedeutung haben vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Ende des Kalten Krieges? Ein weiterer Beitrag widmet sich den Erfahrungen mit dem Einsatz internationaler ziviler Polizeieinheiten beim Friedensaufbau, insbesondere nach ethnisch motivierten Konflikten - ein Thema, das nicht nur im Rahmen der OSZE zunehmend an Bedeutung und Interesse gewinnt und zu dem am IFSH seit zwei Jahren auch ein Forschungsprojekt läuft.

Im Abschnitt über die wirtschaftliche Dimension der OSZE werden u.a. die Transformationsprobleme der ehemals sozialistischen Staaten aufgegriffen, aber auch neue Risiken und Herausforderungen im OSZE-Gebiet, so z.B. Umweltprobleme als Konfliktursachen.

Der dritte Hauptteil des Jahrbuchs ist der Arbeitsweise und den Strukturen der OSZE selbst, ihren Organen und Institutionen sowie den Beziehungen zu anderen internationalen oder nichtstaatlichen Organisationen gewidmet. Im aktuellen Band finden sich hier Beiträge zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE, zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, zum Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte sowie zum Thema Aus- und Weiterbil-

derung von Missionsmitgliedern - ein Thema, das insbesondere seit dem Rückzug der Kosovo-Verifizierungsmission, die aufgrund des eklatanten Mangels an qualifiziertem Personal nie ihre Soll-Stärke erreichen konnte, zunehmend Aufmerksamkeit findet. Dabei spielt die Bundesrepublik Deutschland mit der Ausbildungs-Initiative des Auswärtigen Amtes geradezu eine Vorreiterrolle.

Ein weiterer Schwerpunkt schließlich liegt in diesem Jahr auf der „asiatischen Dimension“ der OSZE. Der Frage nach der Übertragbarkeit einzelner Merkmale und Verfahren der OSZE, z.B. sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen, auf Länder und Regionen außerhalb der OSZE gehen Beiträge über deren Beziehungen zu Südkorea und zum ASEAN Regional Forum nach.

Jeder Band wird ergänzt durch einen umfangreichen Dokumentenanhang, die wichtigsten Daten und Fakten zur Organisation und zu den 55 Teilnehmerstaaten, eine Chronologie sowie eine umfassende Literaturliste zur OSZE. Ein besonderer Reiz des Jahrbuchs, der seinerzeit von unserem langjährigen Chef-

redakteur Prof. Kurt Tudyka eingeführt wurde, liegt in der Zusammensetzung unserer Autorenschaft: Die jeweils 30 bis 40 Beiträge eines Jahrbuchs stammen zum einen aus der Feder von Praktikern, von engagierten Mitarbeitern der OSZE und ihrer Langzeitmissionen, von hochrangigen Politikern, Militärs und Diplomaten, die z.T. als Delegations- und Missionsleiter oder Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden fungieren. Andere Artikel wiederum werden von international renommierten Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen verfaßt, von Politikwissenschaftlern und Völkerrechtlern ebenso wie von Wirtschaftswissenschaftlern. Dabei achten wir insbesondere auf die internationale Zusammensetzung der Autoren und auf die verstärkte Mitarbeit von Frauen. Von den rund 200 Autorinnen und Autoren der ersten sieben Bände bis zum Jahr 2001 kamen z.B. ca. 70-80 aus Deutschland und rund 120 aus dem Ausland, zumeist aus den Teilnehmerstaaten der OSZE - von Aserbaidschan über Kanada, Rußland und die Vereinigten Staaten bis Usbekistan -, aber auch aus Ägypten, Japan

und Korea; ca. 70 der Autoren sind Wissenschaftler, rund 130 Diplomaten, Politiker oder auch Militärs.

Das Jahrbuch ist keine offizielle OSZE-Publikation, wird von der Organisation aber mit viel Wohlwollen aufgenommen, auch wenn manche Autoren keineswegs mit Kritik sparen. Es hat über die Jahre vielfältige Unterstützung erfahren, insbesondere auch vom Sekretariat der OSZE in Wien, von verschiedenen Einrichtungen der OSZE wie z.B. dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau, vom Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, aber auch und ganz besonders vom Auswärtigen Amt. Die Wahrung der inhaltlichen Unabhängigkeit blieb dabei stets gewährleistet.

Die internationale Zusammensetzung und Vernetzung der Herausgeber und Autoren und deren unterschiedliche Herkunft gewährleisten ein breites, repräsentatives Meinungsspektrum, Praxisnähe und Gegenwartsbezogenheit ebenso wie Problemorientierung und wissenschaftliche Fundierung sowie eine überregionale und internationale Ausrichtung. US

Serviceprojekt: „Mission Information Packages“

Dr. Randolph Oberschmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter von CORE

In Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der Koordinierungseinheit für Kompetenzerwerb und Schulung [Training and Capacity Building Unit] im OSZE-Sekretariat, der OSZE-Mission im Kosovo und aktiven OSZE-Missionsmitgliedern wurde im Laufe des Jahres 2001 ein vorläufiges Mission Information Package (MIP) zum Kosovo erarbeitet und Missionsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Auf der Grundlage von Kommentaren und unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen im Kosovo wird im Frühjahr 2002 eine aktualisierte Fassung auf der CORE-Webseite (www.core-hamburg.de) erhältlich sein. Ebenfalls im kommenden Jahr werden weitere MIPs zu Bosnien-

Herzegowina und zum Südkaukasus erarbeitet werden.

Die MIPs stellen die wichtigsten Hintergrundinformationen zur jeweiligen Mission und Konfliktregion in komprimierter, verständlicher und gut anwendbarer Form zur Verfügung. Sie bieten eine sachdienliche Zusammenstellung für Mitglieder von UN- und OSZE-Missionen, sowie für Politiker, Mitglieder von NGOs und Regierungseinrichtungen, Wissenschaftler und die interessierte Öffentlichkeit. Die Informationspakete zeichnen sich zum einen durch eine Anordnung der Informationen aus, die einen schnellen Zugriff ermöglicht. Zum anderen wurde im Verlauf der Zusammenstellung immer wie-

der Rücksprache mit Praktikern gehalten, so daß hohe Aktualität und Relevanz gewährleistet werden.

Ein MIP besteht aus zwei Teilen. Der erste bündelt Informationen über die Geschichte des Konflikts, den regionalen Kontext und das internationale Umfeld. Der Schwerpunkt des zweiten Teils liegt auf der Präsenz internationaler Organisationen in der Region. Jedes Kapitel ist in sich abgeschlossen. Karten, Organigramme und geschichtliche Überblicke runden die beiden Kapitel ab. Des weiteren bieten eine umfangreiche Bibliographie und eine Liste mit Internet-Adressen den Benutzern die Möglichkeit, auf zusätzliche Informationen zurückzugreifen. RO

IFSH-aktuell

Verantwortlich für diese Ausgabe: Anna Kreikemeyer (AK), Dieter S. Lutz (DSL), Wolfgang Zellner (WZ).

Mit Beiträgen von: Christina Boswell (CB), Burkhard Conrad (BC), Anna Kreikemeyer (AK), Dieter S. Lutz (DSL), Claus Neukirch (CN), Randolph Oberschmidt (RO), Ursel Schlichting (US), Arne C. Seifert (AS), Wolfgang Zellner (WZ). Photos: Rolf Saupe (RS)

IFSH aktuell erscheint unregelmäßig und kann soweit vorrätig über das IFSH bezogen werden.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg · Falkenstein 1 · 22587 Hamburg

Tel: (040) 866 077-0 · Fax: (040) 866 36 15 · e-mail: ifsh@rrz.uni-hamburg.de · homepage: <http://www.ifsh.de> · www.core-hamburg.de